



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

250 (11.6.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191738](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191738)

Mannheimer General-Anzeiger

Weggebezeit: In Mannheim u. Umgebung monatlich 1.50 für Belegblätter u. Einprägung...
Babische Neuzeit Nachrichten

Babische Neuzeit Nachrichten

Weggebezeit: Bei jeder Zeitung...
Verlag: Mannheimer General-Anzeiger

Die innere Krise.

Die Lage brauchte an sich nicht so verworren zu sein, wie sie ist, wenn die demokratischen Parteien bereit wären, die Folgerungen aus dem demokratischen Votum vom 6. Juni zu ziehen und anzuerkennen, daß trotz des Zuwachses der Unabhängigen um 2 1/2 Millionen Stimmen die Parteien, die die Revolution und die Parteien, die dann die Koalition getragen haben, also Mehrheitssozialdemokratie, Unabhängige, Kommunisten, Demokraten und Zentrum, an 9000 000 Stimmen eingebüßt haben, während die bürgerlichen Parteien, die in Opposition standen, 2 1/2 Millionen Stimmen gewonnen haben. Dieses Verhältnis würde doch zumindest immer nach demokratischen Grundföhen — eine sehr starke Berücksichtigung der bürgerlich-nationalen Parteien bei der Regierungsbildung erfordern. Aber die bisherigen Anhänger der Macht denken nicht daran, diese Folgerung zu ziehen. Vor allem sind die demokratischen Sozialisten so absolutistisch, daß sie ihre mit hartem Erfolg angefochtene Macht nicht nur behaupten, sondern noch erweitern wollen. Die Sozialisten wollen im Gegensatz zum Votum vom 6. Juni keine Teilung der Macht mit den bürgerlichen Parteien, die zusammen als parlamentarische Arbeitsgemeinschaft gedacht eine Fraktionsstärke von 120 bzw. 126 Sitze haben könnten. Sie wollen allenfalls eine Verbindung mit dem Zentrum und den Demokraten, die bequemere und willfährigere Tischgefellen sind als die bürgerlichen Parteien. Und das Zentrum und die Demokraten treten von einem Bein auf das andere und können zu keiner klaren Entscheidung und Einwirkung auf die Lage kommen. Ob man ihnen daraus einen Vorwurf machen kann, wissen wir nicht. Es spielen wohl in die Krise der Kabinettsbildung Befürchtungen und Drohungen hinein, die vorab nur erfüllt anzubringen sind. Aus dieser Lage erklären sich die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung und die sehr seltsamen Berichte über die Sozialisten etwas anderes anstreben als die Unterwerfung Deutschlands unter ihre Macht, würden sie demokratisch genug denken, um die Regierung gemäß den tatsächlichen Kräfteverhältnissen mit einzurichten zu wollen, so würde die Lösung bald genug gefunden sein durch Aufnahme der Deutschen Liberalen, der Sozialisten in das Kabinett, die ja durchaus bereit ist, mit den Mehrheitssozialdemokraten zusammenzuarbeiten und nichts weiter in dieser Mitarbeit erstrebt als einen vernünftigen und gerechten Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Arbeiterklasse und den Interessen des Bürgertums.

Der Ernst der Lage liegt darin, daß der Sozialismus sich immer mehr von der demokratischen Grundlage entfernt und die Macht mit aller Gewalt als Kleinbesitz erstrebt. Die Frage der Zukunft wird sein, ob die bürgerlichen Parteien und Zentrum und Demokratie, die doch auch wohl auf dem Boden des Ausgleiches stehen und bereit sind, bürgerliche Interessen wahrzunehmen oder doch nicht ganz zu vernachlässigen, sich stark genug fühlen und fest entschlossen sind, den Sozialismus auf den Boden der Demokratie zurückzuführen.

Auf der Suche nach einem Ausweg.

Berlin, 11. Juni. (Von unsem Berliner Büro.) Wir haben, damit die Verhandlungen, welche vielleicht schon geführt aber sicher noch geführt werden können, nicht gestört werden, nur von anderen Seiten für einen möglichen Ausweg gesprochen, welchen unter Umständen die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei beschreiten könnten. Leider ist es festzustellen, daß der eine oder andere, die um diese Dinge wissen, nicht diese gehalten haben und so wird in dreierlei Hinsicht erörtert, was jetzt nur im Flüsterkreis gesprochen werden sollte. Das zwingt leider auch uns, deutlich zu werden. Man denkt sich, wie wir glauben müssen, die Lösung so, daß man die bisherige Koalition im Grundlag mit der Weiterführung der Geschäfte betraut, zugleich aber in ihre Führung Männer aufnimmt, die ohne zu deren Führern zu gehören, das Vertrauen der Deutschen Volkspartei genießen. Auf diese Art könnte ein solches neues Kabinett die Unterstützung der Volkspartei gesichert werden. In der Praxis des Parlamentes würde das darin seinen Ausdruck finden, daß die Deutsche Volkspartei bei einem Vertrauensvotum für die neue Regierung sich der Abstimmung enthält, vielleicht aber sogar auch dafür stimmt. Das ist ein Ausweg, den, wie gesagt, viele einflussreiche Führer, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, Männer in den verschiedenen Lagern, für gangbar halten.

Freilich ist die Lösung damit noch nicht ohne weiteres gefunden, es bleiben noch so mancherlei Hemmungen zu beheben. Man braucht nur an die Frage zu denken, wer soll unter den veränderten Umständen Reichsleiter werden? Wieder ein Sozialdemokrat? Ein Zentrumsmann? Ein Demokrat? Unstreng scheint uns die größte Zurückhaltung empfehlenswert. In solchen Stunden und bei solchen Zuständen empfindet man doch die Deffinitivität als eine recht unerfreuliche Einrichtung.

Die „Germania“ meldet, der Reichspräsident würde heute den Reichskanzler Müller mit der Kabinettsbildung betrauen und wenn dieser Schritt scheitert, würde sich der Reichspräsident dann an den Führer der Deutschen Volkspartei wenden. Stresemann dürfte — immer nach der Germania —, wenn die Sozialdemokraten den Beitritt zu einer Koalition, einschließlich der Deutschen Volkspartei ablehnen, die Bildung eines rein bürgerlichen Kabinetts versuchen.

Man sieht in parlamentarischen Kreisen zu der Annahme, daß beide Verläufe Stresemanns scheitern würden. Das möchten auch wir annehmen, aber es handelt sich hier wie gefolgt um die bereits mehrfach erwähnten ersten Stadien. Sind die

überwunden, so wird man an die wirkliche Kabinettsbildung herangehen. Schließlich bemüht sich der „Vorwärts“ immer wieder bei den Unabhängigen anzuknüpfen. Die Partei hatte gestern abend 8 Punkte formuliert, unter denen unter Umständen die Unabhängigen sich dazu entschließen könnten, an der Regierung teil zu nehmen. Unter diesen 8 Punkten befinden sich: Die Sozialisierung des Grundbesitzes und der großen Forsten und das Verlangen nach freundschaftlichen Beziehungen zu allen Völkern, wozu unter die Unabhängigen natürlich Sowjet-Rußland verstanden.

Es ist zwar klar, daß auf solcher Basis sich überhaupt keine tragfähige Regierung bilden ließe.

Dennoch erklärt heute der „Vorwärts“ schlangweg, die Mehrheitssozialisten würden die Bedingungen annehmen. Wenn die bürgerlichen Parteien nicht mitmachten, müßte sich halt eine Regierung ohne Sozialdemokratie bilden.

Die Mehrheitssozialdemokratie ist also darnach bereit, in bequeme Oppositionsstellung abzumarschieren.

Berlin, 11. Juni. (Priv. Tel.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung spricht heute von einer Zuspitzung der kritischen Momente. Nur durch ein erhebliches Abweichen der Sozialdemokratie von ihrem jetzigen Standpunkte könne die Möglichkeit eröffnet werden, zu der bisherigen Mehrheit der Deutschen Volkspartei hinzuzuziehen. Die erste Erklärung der Sozialdemokratischen Partei, welche darauf hinausläuft, die Schuld an der gegenwärtigen Lage den bisherigen Oppositionsparteien zuzuschreiben und diesen Parteien anheimzugeben, jetzt Wege zu finden, auf denen sie eine aktionsfähige Regierung bilden kann, kann — wie das Blatt meint — keinen Abschluß, sondern nur eine Etappe auf dem Wege der weiteren Beratungen bedeuten. Vorkäufig sei die Aussicht, auf eine Wiederherstellung der alten Koalition, wenn auch in einem geschwächten Umfange, noch keineswegs völlig aus dem Bereiche der Möglichkeiten ausgeschaltet.

Die Germania sagt: Erst nach einer Aussprache der vollständig verammelten Fraktionen wird man wissen, ob die Abgabe an die Mitarbeit mit andern ganz ausrechenbar wird. Im übrigen glaubt das Blatt, daß Zentrum und Demokratie sich ohne weiteres bereit finden lassen werden, sich zu der alten Koalition wieder zusammenzuschließen. Die am nächsten Sonntag zusammen tretenden Parteitage der Bayerischen Volkspartei und die Fraktionsverhandlungen der Deutschen Volkspartei, würden vielleicht dazu beitragen, die jetzt noch vorhandenen Schwierigkeiten herabzumindern.

Der Vorwärts fragt, ob die von den Unabhängigen neuerdings aufgestellten Bedingungen der Regierungsbildung erleichtert würden. Der Standpunkt, den die Unabhängigen jetzt einnehmen, sei viel vernünftiger, als ihr ursprünglicher, denn damit werde die Verantwortung für das Scheitern einer Linkscoalition den bürgerlichen Mittelparteien zugeschoben. Die Sozialdemokratische Partei würde die Bedingungen annehmen. Beide sozialistischen Parteien würden alsdann den bürgerlichen Parteien ihre Bedingungen als gemeinsames Programm unterbreiten. Lehnten diese ab, so sei es an ihnen, eine Regierung ohne Sozialdemokratie zu bilden.

München, 11. Juni. (Priv. Tel.) Zum wiederholten Male tritt der „Bayerische Kurier“ dafür ein, daß im Reich eine Koalition geschaffen werde, welcher die Reichsheitssozialisten, Demokraten u. das Zentrum mit Einschluß der föderalistischen Liste, in der die Bayerische Volkspartei dominiert, angehören. Das Blatt setzt dabei voraus, daß die Deutsche Volkspartei sich dazu verstehen könnte, einer solchen Koalition keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Der „Kurier“ betont, daß sich die Wählerstellung der Bayerischen Volkspartei durch die Wahlen nicht vermindert, sondern ungeahnt verstärkt habe.

Graf Westarp gewählt.

Bei den Reichstagswahlen in Wahlkreis 3 (Batzdam) 120 266 deutsch-nationale Stimmen abgegeben worden. Demnach ist auch Graf Westarp, der Führer der alten konservativen Reichstagsfraktion, gewählt.

Parteiopposition gegen Ebert.

Berlin, 11. Juni. (Priv. Tel.) Wie der Berliner Lokal-Anzeiger von unterrichteter Seite hört, will Reichspräsident Ebert nicht von neuem für die Präsidentschaft kandidieren. Er fände innerhalb seiner Partei gewisse Widerstände gegen seine Person und empfinde es als ungerühmlich, daß vielfach überleben werde, daß er als Reichspräsident nicht sowohl in erster Linie den Parteinteressen, als vielmehr den Interessen des gesamten deutschen Volkes zu dienen habe.

Zu den Reichstagswahlen in Baden.

Man schreibt uns: Abg. Dr. Schöfer, der Führer des badischen Zentrums, erörtert in einer Zuschrift an die Parteipresse die Frage, wie der badische Landtag ausfalle, wenn er aufgrund des Ergebnisses vom 6. Juni zusammengesetzt würde. Da nach § 25 der badischen Verfassung auf 18 000 Stimmen ein Mandat kommt, so würde der badische Landtag 15 Sitze an seinem gegenwärtigen Bestand verlieren. Die Koalition verfügte noch über 64 Mandate, besäße also 17 Stimmen über der Mehrheitsgrenze. Selbst die Zweidrittel-Mehrheit wäre gemehrt. Bei dieser Lage kann also von einer Gefährdung der Koalition nicht gesprochen werden, umso weniger, als die Opposition aus der äußersten Rechten und der äußersten Linken sich zusammensetzte. Als Hauptmomente des Ergebnisses werden hervorgehoben: Kräftiger Rückgang nach rechts und links an die extremen Parteien und Schwächung der Mitte; Sicherstellung der Regierungsmehrheit; unerschütterlicher Bestand des Zentrumsturms.

Die Rechnung des badischen Zentrumsführers ist zweifellos richtig; aber ihr zahlenmäßiges Resultat hat doch wohl nur Augenblicksgültigkeit. Die Kräfte, die am 6. Juni das Abfluten der Stimmen nach rechts und links bewirkt haben, werden weiter wirken, und mit einem Stillstand der Entwicklung nach der nun einmal eingeschlagenen Richtung ist nicht ohne weiteres zu rechnen. Dafür sorgen schon der Gewaltfriede von Versailles und allem Anschein nach auch der kommende Krieg der

Parteien, der schon heute von links her mit jenem unerfühllichen Hoff eröffnet wird, der nichts gelernt und nichts vergessen hat und selbstverständlich auch den politischen Gegner wieder in Kampfstellung drängen muß. Auch in Baden wird es wie allenthalben im Reich, eine Lebensfrage der Parteien und der Regierung sein, ob sie den Sinn des 6. Juni nach der Richtung positiver wirtschaftlicher und kultureller Aufzuarbeit verstehen wollen, oder ob unfruchtbar Parteipolitik um ihrer selbst willen ihnen höher steht.

Die Wiedergeburt des nationalen Liberalismus.

In demokratischen Blättern liest man in den Betrachtungen zum Ausgang der Reichstagswahlen vielfach, daß das Wahlergebnis, das den großen Sieg der Deutschen Volkspartei und katastrophale Niederlage der Demokraten gebracht hat, hervorgerufen sei durch eine falsche Orientierung der bürgerlichen Wähler. Man habe in diesen Kreisen infolge ungerühmter Einschätzung der Tätigkeit der bisherigen Koalitionsregierung angeichts der Lage Deutschlands und, bestimmt durch Unmut- und Beräuerungsgefühlen, sich von Gefühlsregungen leiten lassen, habe in der Verkennung der Lage in unrichtiger Beurteilung der Zukunftsmöglichkeiten sich vollständigster Gedankenlosigkeit überlassen, ja das „Berliner Tageblatt“ macht neuerdings für den „unlogischen Ausgang“ der Wahlen bei den Demokraten ausschließlich die — Frauen verantwortlich! Man will damit dartun, daß die in den demokratischen Kreisen so unangenehm empfundene Entwidlung nach rechts — in Wirklichkeit das, was man im Hinblick auf die bisherige Koalitions-politik als eine äußerst gesunde Reaktion bezeichnen kann, — ein Urteil sei, das seinen innersten Wesen nach eine Kritik unpolitischer Art darstellt, daß letzten Endes der Erfolg der Deutschen Volkspartei ein Zufallsergebnis sei. Es nimmt nicht Wunder, daß man in den demokratischen Kreisen das Volkurteil in Mißkredit bringen will, jetzt, wo es sich gegen die bislang geliebte Form der Demokratie und des Parlamentarismus entschieden hat, um die selbstverschuldete Niederlage von den eigenen Schultern abzuwälzen und möglichst gering erscheinen zu lassen. Aber man halte dagegen, was oft gerade von diesen Leuten die Gütigkeit der Volksstimme angerufen und gepriesen wurde, wenn es sich darum handelte, mit einer, jeder Ungeheuerlichkeit fähigen Mehrheit, die nicht im Volke wurzelte, Gehege zu fabrizieren und sogenannte Zustandspolitik zu treiben.

Der Vorwurf, die Deutsche Volkspartei verdanke ihren Sieg einem Zufall, läßt sich an der Hand von positiven Beweisen widerlegen. Wir betrachten ihren außerordentlich großen Erfolg von dem Standpunkt, daß das Bürgerium, das durch die Revolution und ihre Folgen am meisten gelitten hat, in den notwendigen und erfreulichen Zustand des Selbstbestimmens und Wiedererwachens verfest worden ist, wovon die Folgen sich am 6. Juni gezeigt haben. Wie sehr die Deutsche Volkspartei berechtigt ist, die Scharen, die sich am Sonntag unter ihrer Fahne gesammelt haben, als eine ihr fest verbundene Anhängerschaft zu betrachten, lassen einige Vergleiche mit dem Bestand der ehemaligen National liberalen Partei vor dem Kriege deutlich werden. Ein Gang durch die einzelnen Wahlkreise mag das an einigen Fällen erläutern. Im Allgemeinen soll dazu bemerkt werden, daß seit der Revolution bekanntlich auch die Frauen das Stimmrecht haben, was bei der folgenden Vergleichung ohne Zweifel mit berücksichtigt werden muß, daß aber andererseits bei den Wahlen 1919 die allgemeine Beteiligung der Wählerschaft außerordentlich stark, im Jahre 1912 sehr lebhaft, am 6. Juni z. T. aber nicht in diesem Ausmaß lebendig war.

Der Wahlkreis Frankfurt a. O. war immer ein altes Bestium der National liberalen; im Reichstag 1912 war er mit 2 Abgeordneten vertreten; jetzt hat er nach vorübergehender Beeinträchtigung, in der Nationalversammlung seinen alten Bestand wieder erreicht. Kommen wir vor dem Kriege ein erfolgversprechender Werbeposten für die National liberalen gewesen. Seit 1908 hat dort eine Organisation eingesetzt, die es bei den Wahlen für die Nationalversammlung auf ein Ergebnis von 88 000 Stimmen (1 Abgeordneter) brachte, jetzt über 160 000 Stimmen erreichte, so daß 2 Abgeordnete für die Deutsche Volkspartei dort sicher sind, wobei noch ein ganz bedeutender Rest an Stimmen verblieben ist. In Mecklenburg, der freisinnigen Hochburg von ehemals, war bei der Nationalversammlung der alte Best der National liberalen vor dem Kriege von 2 Sitzen verloren gegangen; die Wahlen vom 6. Juni aber einen Sitz erbracht. Unter Mitbetrachtung des gerade für diesen Kreis erbärmlichen Mißerfolges der Demokraten ergibt sich, daß die freisinnige Demokratie in Mecklenburg abgewirtschaftet hat. Auch in Schlesien, wo die ehemaligen Freisinnigen — neben den Konserwativen und dem Zentrum — in dem alten Reichstag das Feld zu behaupten wußten, haben sie bei den neuen Wahlen bedeutende Einbuße erlitten, die zum Teil der Deutschen Volkspartei zugute gekommen ist. In der Nationalversammlung war die Deutsche Volkspartei mit keinem Mandat vertreten, jetzt aber hat sie in den Wahlkreisen Breslau und Pleschen mit einem guten Nebenbesuch 2 Abgeordnete durchgebracht, und somit ist Schlesien seit 1918 im Reichsparlament wieder durch unsere Partei vertreten. Sachsen-Magdeburg und Thüringen sind alter national liberaler Besitz, bei den Wahlen 1919 aber unbelegt geblieben; dort ist nunmehr mit 6 Abgeordneten der Stand von 1911 überschritten worden, und zwar mit einem so günstigen Ergebnis, daß auf die Reichsliste ein noch ganz erheblicher Zuschuß fällt. Die gute Organisation in Hamburg hat sich bewährt und den in der Nationalversammlung erworbenen Bestand erhalten. Bei den Wahlen 1919 hieß es von Seiten der Demokraten und Sozialdemokraten, die Hochburg der National liberalen, Hannover, sei endgültig zerstört. Die Wahlen vom 6. Juni haben dieses vorläufige Urteil korrigiert, der alte Stamm der National liberalen hat sich, wenn auch noch nicht in der allen nachwollten Stärke, wieder zur Deutschen Volkspartei zurückgefunden, so daß Hannover auch heute wieder als einer der festen Türme

des nationalen Liberalismus bezeichnet werden kann. Es ist hierbei besonders zu berücksichtigen, daß die neue Wahlkreiseinteilung einen Vergleich mit den Vorkriegszuständen nicht restlos durchzuführen läßt. In Westfalen, immer schon alter, guter Stammstift der Rationalliberalen, hat sich trotz der Revolution und die Revolutionszeit hindurch der alte Besitz erhalten und durch die Neuwahlen zu den alten 3 Eigen um 2 vermehrt. In den rheinischen Wahlkreisen hat sich der alte Besitz nicht nur behauptet, sondern nach der Erschütterung durch die Revolution noch 2 Siege hinzu erhalten, so daß die Deutsche Volkspartei in diesen Kreisen mit 5 Mandaten vertreten ist. Auch in den beiden Hessen hatten die Rationalliberalen immer festen Boden unter den Füßen; in der Revolutionszeit ist ihr Grund nicht erschüttert worden. Die Neuwahlen haben der Deutschen Volkspartei hier im Vergleich zu 1919 einen Sitz mehr gebracht, dabei aber einen derartigen Stimmenüberfluß ergeben, daß durch die besessenen Stimmen noch ein Kandidat für die Reichsstelle gewählt ist, und somit der alte Vorkriegszustand für Hessen von 5 Mandaten wieder erreicht werden dürfte. Im ehemaligen Königreich Sachsen (die jetzigen drei Wahlkreise Dresden, Leipzig, Chemnitz) hat die Deutsche Volkspartei einen ihrer größten Erfolge errungen. Im Reichstag 1911 war das Königreich Sachsen mit 6 Mandaten durch die Rationalliberalen vertreten, in der Nationalversammlung nur mit einem einzigen; am 6. Juni wurden, wieder mit bedeutendem Ueberfluß für die Reichsstelle, 6 Abgeordnete durchgebracht. So zeigt sich auch hier wieder die Werbestraft der Deutschen Volkspartei auf die alten, ehemals der Rationalliberalen Partei angehörigen Kreise. In der Pfalz ist der alte Besitz erhalten geblieben; in Baden hat die Partei ein gutes Teil von dem, was ihr in der Revolution verloren gegangen ist, wieder geholt. Einzig in Bayern und Württemberg ist es ihr angelehnt, daß für sie dort herrschenden außerordentlich schwierigen Verhältnisse nicht gelungen, ein Mandat zu erringen. Bei der besonderen Gruppierung des Bürgertums in diesen Kreisen ist aber zu berücksichtigen, daß auch viele Stimmen der Deutschen Volksparteier für andere bürgerlichen Parteien abgegeben worden sind. Es muß aber ausdrücklich betont werden, daß die Organisation der Deutschen Volkspartei in Süddeutschland, die erst langsam in Gang kommen konnte, dort geleistet hat, was zu leisten war und in weiterer Entwicklung sich befindet. Daß die Deutsche Volkspartei für die Reichsstelle noch 6 Mandate erringen konnte, ist ein weiterer Beweis für ihre Annäherung.

Aus dieser Uebersicht ergibt sich, daß jene zu Beginn dieser Ausführungen erwähnten Verdächtigungen nicht zu Recht bestehen. Die Deutsche Volkspartei verdankt ihren außerordentlichen Zuwachs nicht irgend einem Zufall oder dem unpolitischen Urteil ihrer Wählermassen, sie verdankt ihn vielmehr einem wohlangeordneten Maß politischer Urteilskraft, die nicht nur auf der Erkenntnis des bisher Unzulänglichen, sondern auch auf der Einschätzung der durch die Deutsche Volkspartei im Parlament geleisteten positiven Arbeit beruht. Das Bürgertum, das in einer Zeit allgemeiner Verwirrung seine politische Betätigung zum Teil auf trügerische Erwartungen einstellte, hat — schon längst — zur Besinnung zurückgekehrt und hat dies nun durch seine Stimmabgabe am Schicksalstag vom 6. Juni ausdrücklich bezeugt.

Die politische Neuordnung in Bayern.

München, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Mit dem Ergebnis der Wahlen, speziell in Bayern, befaßt sich nun auch das Blatt der nationalen Parteien, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei, die „München-Kugsb. Abendztg.“ und schreibt am Schluß des Artikels folgendes:

Die politische Neuordnung in Bayern ist auf das Bürgerrecht gegründet. Es wäre aber der größte Fehler, von vornherein die Sozialdemokratie auszuschalten. Die Unabhängigen werden, nach ihrer Presse zu schließen, jede politische Mitarbeit ablehnen. Wenn der Sozialismus nicht völlig in Bayern den Boden unter den Füßen verlieren will, so müssen die Rechtssozialisten dem Bürgerrecht zum Wideraufbau die Hand reichen. Dann wird Bayern auch nach dieser Richtung dem Reiche beizutreten vorangehen. Die politische Neuordnung würde bei solcher Gemeinsamkeit die parteipolitische Schärfe verlieren, zum Wohle des Landes und Volkes.

Das Blatt wendet sich dann der Regierungsbildung zu und macht u. a. folgende bemerkenswerte Feststellungen:

Die Regierungsbildung in Bayern wird sich einfacher gestalten, als im Reiche. Die bisherige Koalition: Bayerische Volkspartei, Bayerischer Bauernbund und Deutschdemokratische Partei, wird wohl nicht bestehen bleiben. Im demokratischen Lager will man aus dem Agrarvotum, das das bayerische Volk durch den Stimmzettel den Demokraten erteilt hat, die Schlussfolgerungen ziehen und aus der Regierung ausscheiden. Unbedingt notwendig ist dieser Schritt nicht. Es läßt sich immerhin denken, daß die Demokraten weiter in der Regierung bleiben. Sie scheinen aber die verantwortliche Regierungsposition verlassen zu wollen. Daß die Demokraten im Landtage sich in harte Oppositionsstellung begeben werden, ist völlig ausgeschlossen, weil durch einen solchen Schritt diese Partei nach den letzten Wahlen im bayerischen Volk verlieren würde. Denn es ist Pflicht aller sozialerhaltenden Parteien, treulich politisch mitzuarbeiten. Es wäre zu begrüßen, wenn die Regierungsbildung in Bayern auf bester Grundlage, etwa unter Einbeziehung der Sozialdemokraten, erfolgen würde. Bis zur Stunde hat die „München Post“ noch nicht Worte bekannt. Aber nach der Stimmung im mehrheitlich sozialistischen Lager zu urteilen, wird diese Partei im Landtage wahrscheinlich in der Opposition verharren, jedoch damit zu rechnen ist, daß für die Regierungsbildung in Bayern nur noch übrig bleiben: Bayerische Volkspartei, Deutschnationaler Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Bayerischer Bauernbund. Nehmen wir diese Konstellation als gegeben an, so würde eine Regierung aus diesen drei Parteien gebildet, die sich auf 96 Stimmen stützen könnte. Das wäre beinahe eine Zweidrittelmehrheit. Daß eine Regierung mit einer solchen Mehrheit eine feste Basis unter sich hätte, ist sicher. Der Bayerische Bauernbund wird sich der Regierungsbildung kaum entgegenstellen können. Er hat, seitdem er in der Regierung ist, immerhin wesentliche Erfolge auf gesellschaftlichem Gebiet zu verzeichnen. Zudem wird es bei den jetzigen vermögenden Lebensmittelpreisen nicht so leicht sein, den rechten Mann zu finden, der die Last des Landwirtschaftsministeriums auf sich zu nehmen bereit ist. Die Frage nach den neuen Männern der neuen bayerischen Regierung ist zuerst möglich, weil verfehlt. Die einen behaupten, daß die Bayerische Volkspartei als Ministerpräsidenten wiederum Dr. v. Kahr vorzuziehen, und daß überhaupt die bisherige Regierung bleiben werde. Andere wollen wissen, daß der neue bayerische Ministerpräsident Dr. v. Kallinger bleiben werde. Selbst die beiden demokratischen Minister Hann und Dr. Müller aus — das Schicksal Dr. Müllers aus dem Justizministerium wäre sehr zu bedauern —, so wäre die einfachste Lösung, daß die für die Demokraten in der Regierung einsetzenden Parteien die beiden freierwerbenden Ministerämter bekleiden. Das Vorbehalten ist nach dem Zukunftsverzicht des Landtages Klarheit über die Regierungsbildung. Ist sie gefunden, dann werden die verantwortlichen Parteien auch die leitenden Persönlichkeiten ausfindig machen, wobei auch zu beachten sein wird, daß im Interesse der Bewahrung der Staatsneutralität ausschließlich das eine oder andere Ministerium ganz auf verhandeln ist.

Der „Bayerische Kurier“ schreibt, über den Anteil der einzelnen Parteien an der Bildung der Regierung in Bayern

könnte heute noch nichts gesagt werden. Der Parteivorstand, der Parteiauschuß und der Parteitag der Bayerischen Volkspartei treten am heutigen Freitag zusammen, um über die grundlegenden Richtlinien für die kommende Politik der Partei zu beschließen.

Eine „äußerst energische“ Note an Deutschland.

Paris, 10. Juni. (WB.) Nach dem Intransigant beireiten die Alliierten gegenwärtig eine äußerst energische Note vor, die Deutschland alle Verletzungen des Friedensvertrages, die es bisher in wirtschaftlicher Beziehung begangen hat, in Erinnerung bringen soll. Die Deutschen seien in der Tat durch Verletzung verschiedener Konzeptionen dazu gelangt, ihren früheren Verbündeten und den Neutralen zum Schaden der Sieger Begünstigungen zuteil werden zu lassen.

Brüssel und Spa.

m. Köln, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Paris: Das „Journal des Debats“ gibt gestern abend Kenntnis von einem Gerücht, das in hiesigen diplomatischen Kreisen verbreitet wird. Es soll nämlich die Absicht bestehen, die vom Völkerbund einberufene internationale Finanzkonferenz in Brüssel vor der Konferenz in Spa abzuhalten. Es wäre alsdann vielleicht möglich, daß die Konferenz von Spa überhaupt überflüssig wäre und zwar in dem Falle, daß die Verbündeten sich in Brüssel einigen über die Frage der Festsetzung der deutschen Schuld. All diese Pläne finden ihre Erklärung in der Tatsache, daß die Besprechungen zwischen den französischen und englischen Finanzfachverständigen in London bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt haben, und daß infolgedessen gewisse französische Kreise der Ansicht sind, es sei unzweckmäßig nach Spa zu gehen. Nach Brüssel wollen die Franzosen schon deswegen gehen, weil sie von der Finanzkonferenz gute Einwirkungen auf ihren Wechselkurs und auch vielleicht eine internationale Anleihe für den Wiederaufbau erwarten.

Befristete pfälzische Zeitungen.

London, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Wegen Abdruck eines Artikels, den die französische Befehlungsbehörde als eine Beleidigung der schwarzen Truppen ansah, wurden die folgenden pfälzischen Zeitungsverleger und Redakteure zu nachstehenden Strafen verurteilt: Frh. Blausch, Zeitungsverleger des Nordpfälzer in Rodenhäuser zu 10 000 Mark Geldstrafe; Peter Stein, Redakteur dieser Zeitung zu 6000 Mark Geldstrafe; Adolf Thiene, Buchdruckereibesitzer und Verleger des Kirchheimbolander Anzeigers in Kirchheimbolanden zu 1 Monat Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe; Karl Müller, Kufeler Tageblatt zu 1000 Mark und Friedrich Port, Verleger des Badalangeigers Odenheim am Glan ebenfalls zu 1000 Mark Geldstrafe.

Die Weltgefahr der Anarchie.

Eine bemerkenswerte Rede von Lloyd George.

Rotterdam, 10. Juni. (WB.) Wie aus London gemeldet wird, sagte Lloyd George in einer Rede, es sei die Aufgabe der christlichen Kirchen, eine Atmosphäre zu schaffen, in der Reformen möglich und die Wiederkehr der schlechten Methoden unmöglich sind. Das Aufeinanderplagen der Meinungsgegensätze lähmen den für das Land nötigen guten Willen. Die deutschen Wahlen zeigten ein verarmtes Volk, das in Parteien gespalten sei, die einen hoffnungslosen Kampf gegeneinander führten ohne klare Ziele und ohne daß es eine Stimme gäbe, die alles überdauere. Bis jetzt, sagte er, haben wir eine Katastrophe im Lande vermieden. Aber die ganze Welt ist erschüttert. Nur die Kirchen können die Menschheit vor den Katastrophen behüten, die folgen würden, wenn die Anarchie sich weiter verbreitet.

Sowjet-Rußland.

Die Eindrücke englischer Arbeiter.

Rotterdam, 10. Juni. (WB.) Wie der Neue Rotterdamse Courant aus London meldet, sagt der Führer der englischen Arbeiterordnung, die die russischen Zustände untersucht, u. a. noch, die Bolschewisten hätten zugegeben, daß während der Schreckensherrschaft 3500 Menschen hingerichtet worden seien. Diese Schreckensherrschaft sei jetzt zu Ende. Aber die Todesstrafe sei für Spionagefälle wieder eingeführt worden. Rußland leide Mangel an Lebensmitteln, Kleidung und Transportmitteln. 50 Prozent der Einwohner hungerten. Gegen die epidemischen Krankheiten, besonders gegen den Typhus und die Pocken, werde ein wackerer Bekämpfungskampf geführt.

Der Kampf zwischen Polen und Rußen.

Warschau, 10. Juni. (WB.) Deutsch-Polnische Pressebericht. Die Regierung hat ihr Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Staatschef nahm es an und bat die Regierung, die Geschäfte vorläufig weiter zu führen.

„Dziennik Poljski“ meldet: Der Erzbischof Ratti, der Volksabstimmungsleiter für Oberschlesien, ist nach Oppeln abgereist. In dem polnischen Heresbericht vom 9. heißt es: Im Norden breitet unsere Gegenoffensive trotz festgestellter Heranziehung neuer bolschewistischer Kräfte und trotz erbitterten Widerstandes fort. Unsere Abteilungen erreichten nach blutigen Kämpfen die Linie des Flusses Socz. Bei Gornow wurden feindliche Durchbruchversuche zurückgewiesen. In den Ukraine kämpften unsere Truppen heftig und ausdauernd gegen überlegene feindliche Kräfte, die um jeden Preis versuchten, unsere Front zu durchbrechen.

Badischer Landtag.

48. Öffentliche Sitzung.

Bräutigam Kopf eröffnete gegen 4 Uhr die Sitzung. Abg. Spenaler (Nz.) begründete folgenden Antrag: Die Unterabteilungen beantragen: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichserhebung dahin zu wirken, daß für alles durch die Errichtung der Extraktion der Selbstverwaltung noch abzulebenden Betriebe ein Preis bezahlt wird, der dem für die Jahre 1920 in Aussicht genommenen Preis gleichkommt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Abg. Rieger (Nz.) begründete über die Abhaltung von Betriebsräteversammlungen folgenden Antrag: Die Unterabteilungen beantragen, der Landesrat wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, in den Städten Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Rastatt, Offenburg, Wehrhau, Strödel, Donaueschingen, Sinsheim und Rottweil wünschenswerth Betriebsräte zu veranstalten, in denen besonders hochschulische und sonst geeignete Personen über die notwendigen Wissensgebiete berichten, um dadurch die Betriebsratsmitglieder für ihre Mitarbeit im Erwerbsleben auszubilden.

Die Abg. Marum, Hamann und Gen. (Soz.) beantragten in dem Antrage auch die Stadt Forstheim einzufügen. Der Antrag wurde von dem Abg. Hamann (Soz.) begründet.

Abg. Dr. Gothein (Dem.): Unsere Stellung zu dem Betriebsrätegesetz ist klar, denn das Betriebsrätegesetz ist durch unsere Stimmen zustande gekommen. Deshalb haben wir ein Interesse daran, daß das Betriebsrätegesetz nicht umgänglich wirkt. Für uns ist es deshalb erwünscht, daß geschulte Arbeiter in die Betriebsräte kommen, denn die Durchführung solcher Kurse wird von der Arbeiterfront soviel Verstand als für die Durchführung erhalten, daß sie eine Bilanz prüfen können. Wo man für die vielen Städte, für die Kurse gefordert werden, die Dossamen herbringen kann, ist nicht geistig worden. Man könnte mit dem Ueberblick in der Bürgerkunde schon auf der Schule beinahe. In erster Linie sollte die Ausbildung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften erfolgen. Die Regierung könnte immerhin einmal einen Versuch vornehmen.

Abg. Rieger (Nz.): Die Bedenken des Vorredners erkenne ich an. Was der Abg. Rieger gefordert hat, wird Stückwerk bleiben. Was wir brauchen, sind technische Hochschulen, die ausschließlich eingerichtet werden um Betriebsräte auszubilden. Schwierigkeiten entstehen, weil wir dazu nicht die Betriebsräte aufbringen. Der Betriebsräteverband hat in Leipzig eine solche Hochschule geschaffen, die jetzt 60 Betriebsräte ausbildet, 2000 und Gesellschaft sind verpflichtet, für die Betriebsräte für solche Hochschulen zu sorgen. Der badische Staat ist verpflichtet, auf diesem Gebiete etwas zu tun. Die Abg. Dr. Gothein, Dr. Beyer und Herberich (Dem.) stellen den Antrag, die Regierung möge Erhebungen machen, ob es möglich ist, Betriebsräte auszubilden und wie hoch die Kosten dafür sind. Minister Rieger: Die Frage der Betriebsräteausbildung ist noch nicht geklärt, denn die Betriebsräte sind zu jung im Alter. In Baden haben wir mehr als 5000 Betriebsräte, jedoch es kaum Hundert, etwa 500 herauszugreifen, um sie auf eine Art Hochschule zu schicken, um ihnen dann beizubringen, was sie als Betriebsrat brauchen. Wir müssen auch berücksichtigen, daß die Betriebsräte nicht dauernd im Amt sind, daß sie von anderen abgelöst werden. Manche von den Betriebsräten würden auf den Hochschulen vorerhalten. Sie werden aber dann mit der Zeit auch nicht mehr die Vertrauensleute der Arbeiter sein. Die Gewerkschaften sollen die Schulen sein, die die Betriebsräte bilden. Reife Betriebsräte und Unternehmern muß ein Vertrauensverhältnis entstehen. Sie müssen das Gefühl haben, daß man ihnen alles mitteilt, daß sie nicht als fünftes Rad am Wagen des Betriebsrates betrachtet werden. Formelle Kurse für Betriebsräte sollte man nicht einführen. Die Gewerkschaften sollen Kurse in ihren Reihen einführen. Der Staat wird ihnen dann helfen, so gut er kann, wenn er sieht, daß die Gewerkschaften etwas tüchtiges leisten.

Abg. Habermehl (Nz.): Der Minister und Abg. Dr. Gothein haben bezüglich des dem Antrag gestanden. Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat dem Ausbau der Arbeiterorganisation eine Schwierigkeit entgegengebracht, denn sie glaubten, daß die Mitarbeit der Arbeiterbewegung auf verschiedenen Gebieten wertvoll hätte werden können. Wir wänden uns dagegen, daß die Arbeiterbewegung auf ein Gebiet gedrängt würde, auf dem sie nicht genügend aufgeklärt ist. Die Arbeiterbewegung sollten sich selbst über die Existenzbedingungen der deutschen Industrie aufklären und dann die Arbeiterbewegung informieren. Ein großer Mangel ist es, daß die Arbeiterbewegung den Arbeitern nicht beigebracht haben, daß der Arbeitgeber nicht ihr geborener Feind ist. Ein atrozischer Fehler ist es, daß die sozialdemokratischen Arbeiter ihre ganze Information aus den sozialdemokratischen Blättern nehmen. Der Landtag, daß in Forstheim in der Industrie Klade benachteiligt wurde, ist nicht nur der angeklagten Arbeiterbewegung, sondern auch den angeklagten Industriellen in Forstheim zu verdanken. Der Zustand zu den Hochschulen in Leipzig war deshalb groß, weil sie etwas Neues waren. Wenn ein Examen verlangt wird, wird es anders sein. Bei den Volkshochschulen hat die Sozio leer. Ich befürchte, man hat ein Gefühl nach dem Examen Programm gemacht und weiß jetzt nicht, was man damit anfangen soll. Nach dem Programm des Abg. Rieger könnte man nicht Betriebsräte, sondern Generaldirektoren ausbilden. Durch die ausgebildeten Betriebsräte wird eine Klasse von Betriebsräten geschaffen, die für die Betriebe nicht von Nutzen sind. Der Antrag Rieger sollte an den Ausschuss zurückgewiesen werden, weil die Sache noch nicht genügend geklärt ist. Ich begrüße jede Maßnahme, die den Wohlstand der Arbeit erweitert.

Abg. Dr. Gothein (Dem.) begründete seinen Antrag und führte aus: Was dem Sondergelingen können wir keinen Schlüssel im Sinne des Antrags Rieger lassen. Deshalb ist eine Umfrage im Sinne unseres Antrages notwendig. Dann ist selbstverständlich, daß die Angelegenheit, wie es Abg. Habermehl vorgeschlagen hat, nochmals in der Kommission nachgeprüft werden soll.

Abg. Dr. Schaefer (Nz.) wie mit dem einverstanden, wenn die Materie in der Kommission nochmals beraten wird. Ich muß mich aber dagegen verwahren, daß eine Beschließung erfolgt. Wenn Erhebungen gemacht werden sollen, wäre das eine Beschließung. Der gesunde Menschenverstand, der in dem Antrag liegt, muß baldmöglichst in die Praxis überführt werden. In W. Marum hat die Forderung zu den sozialistischen Arbeiterbewegungen durch die Arbeiter groß. In den katholischen Arbeitervereinen wird große Bildungsbewegung getrieben. Das hat dabei auch anerkannt. Bildungsbedürfnis ist bei den Arbeitern vorhanden, nur muß es richtig angepaßt werden und man muß dabei die Sprache des Volkes treffen. Der Sondergelingen des Betriebsrätegesetzes kommt nicht aus dem Examen Programm, sondern es kommt aus dem alten christlichen Gedanken, daß der Arbeiter eine Persönlichkeit und keine Handelsware ist. Diesen Gedanken finden wir in der Ansprache „Nurum nostrum“ des Papstes Leo XIII., die bereits von dem Examen Programm enthalten ist. Abg. Wagner hat uns vorgeschlagen, daß wir den christlichen Gedanken verlagern und materialistische Grundsätze vertreten würden. Er hat dies in einer Wahlversammlungen gesagt. Dagegen muß ich protestieren. Ein Industrieller hat mit gesagt, daß gerade durch die Betriebsräte in den Betrieben gestört wird. Die Tendenz der Betriebsräte über die Betriebsräte soll sein, den richtigen Geist zu schaffen. Die Betriebsräte sollen nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern auch für die Arbeitgeber. Der Betriebsratpunkt muß in den Betrieben aufgehen werden. Der soziale Standpunkt muß in die Betriebe gehen. In der Vergangenheit hat man statt der Interessengruppenhaft Interessengruppen geschaffen, daraus sind keine Teile blieben. Dieser Punkt hat in das Betriebsrätegesetz manchen brauchbaren Gedanken hineingelassen. Diejenigen, die das Betriebsrätegesetz gebildet haben, haben unser Volk bewahrt vor russischen und ungarischen Experimenten. — Der Präsident teilte mit, daß ein Antrag der Abg. Habermehl (Nz.), Dr. Gothein (Dem.) und Dr. Beyerich (Nz.) eingebracht ist, auf Wiedereröffnung des Antrags an die Kommission.

Die Abg. Habermehl (Nz.), Dr. Gothein (Dem.) und Dr. Beyerich (Nz.) stellen den Antrag auf Verweisung des Antrags Rieger an den Ausschuss. Abg. Odenwald (Dem.) verlangte, daß der Geist des Betriebsrätegesetzes mehr in die Betriebsräte hinein müsse. Nach einer weiteren Ausdeutung wurde der Antrag Habermehl einstimmig angenommen. Um 7 Uhr 59 wurde die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung morgen dem 12. Juni. Tagesordnung: Herndlische Anfragen.

Letzte Meldungen.

Die Stadt Lörrach als Bäckerschüler.

Leipzig, 11. Juni. (WB.) Das Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel macht auf einen eigenartigen Fall der Umgehung der staatlichen Ausführungs-Bestimmungen aufmerksam. Die Stadt Lörrach hat, um Franzosen zu helfen, die sie in der Schweiz hat, abzuweisen, in größtem Umfang Bücher über die Grenze gebracht und dort zum Schaden des legitimen Buchhandels auf eigene Rechnung vertrieben, ohne sich an die Ausführungsbestimmungen für Bücher zu halten. Sie bezieht sich dafür auf eine Generalausfuhrbewilligung einer Karlsruher Stelle. Die allein zuständige Außenhandelsbehörde für das Buchgewerbe ist jedoch nicht befragt worden und hat eine Ausfuhrbewilligung nicht erteilt. Das Vorgehen hat in der Schweiz beträchtliches Aufsehen erregt.

Berlin, 11. Juni. (Von unserem Berliner Büro.) Im Salzburger Landtag wurde gestern eine Debatte über den Anschluß an Deutschland geführt. Der Landtag sprach sich über den Anschluß an Deutschland, genauer gesagt, an Bayern aus.

ihren Dankes für die hochherzige edle Förderung, die die Frau Großherzogin der Schwedenfahrt zuteil werden ließ, zugleich aber auch mit der Bitte, diesen Dank der Königin von Schweden übermitteln zu wollen.

* Glückwunschtelegramme wieder erlaubt. Die Blafate an den Postämtern befragen, ob es jetzt wieder gestattet, Glückwunschtelegramme zu allen Gelegenheiten abzugeben. Damit ist vielen, die sich den Kopf zerbrechen mußten, wie sie das postalische Verbot am besten umgehen konnten, ein Stein vom Herzen genommen. Denn Glückwunschtelegramme wurden trotz aller Verbote doch abgefaßt, sie mußten nur ersichtlich abgefaßt werden. Gleichzeitig sind auch Begrüßungstelegramme und Telegramme in nichtdringlichen Familienangelegenheiten wieder zugelassen.

* Ein fessamer Vorfall. Bei dem Gange zur Schule am Mittwoch Vormittag fiel die 16 Jahre alte Emma Stark von hier plötzlich in Heuboden Schenke in der Wache, zugleich schon auch schon das Blut heraus. Das Mädchen hatte keine Ahnung, was vorgegangen. Ein junger Mann, der an dem Mädchen vorbeiging, legte ihr jedoch sofort, daß geschloffen worden sei; er habe den Schuß gehört. Während dieser Worte sprang auch schon ein Postbote — es war auf den lebhaften Blanten — davon und entkam in der Menge. Die rechte Wade war dem Mädchen von oben nach durchschossen, es ist also anzunehmen, daß dem Täter der Browning — die herausoperierte Kugel stammt von einem solchen — in der Tasche losgegangen ist, als er an dem Mädchen vorbeiging, denn niemand hatte eine auffällige Bewegung bemerkt.

Table with 2 columns: Spielplan des National-Theaters and Neues Theater. Rows include dates (11. F., 12. S., 13. S.) and plays (Das Frauenopfer, Johann von Paris, Die Zauberküste).

Vergnügungen.

* Wöchentliches Kapellkonzert und Künstlerjubiläum. Herr Hans Ritsch, der hervorragende Leiter der Kapellkapelle des Rabottentempelhauses, welcher am morgigen Sonntag sein wöchentliches Kapellkonzert und Künstlerjubiläum feiert, wird auf eine sehr abwechslungsreiche Bauweise zurückzuführen sein. Er war lange in leitender Stelle bei der ehemaligen Kapellkapelle W. C. Böhmer. Seine künstlerische Tätigkeit brachte ihn von Österreich nach Rumänien und Serbien, später nach Frankreich und Belgien, bis er schließlich auf deutschem Boden landete. Ermerken möchten wir noch, daß er seinem Jubiläumabend das diesmahlige erstklassige Konzertprogramm durch seine Gäste bedeutenden künstlerischen Zuwachs erhält. Als Herr Musikdirektor Baboni, welcher mit seinem hervorragenden Tanzorchester mitwirkte, haben Frau. Louise B. ... und die Balletmeisterin Frau. Gertr. ... aufgeführt.

Aus Ludwigshafen.

* Neben der Lebensmittelversorgung in Ludwigshafen wurde in der gestrigen Sitzung des Lebensmittelversorgungsausschusses eingehend Bericht erstattet. In der Brotversorgung liegt man immer von Hand zu Hand, weil die Mehlmahlung der Getreidegetreide nicht mehr so leicht zu bekommen ist. Die Mehlmahlung ist in etwa 8 Wochen, heißt man, eine Besserung eintreten wird. Dagegen ist die Versorgung mit Kartoffeln hauptsächlich durch Eingänge von Auslandsmarkstoffen besser geworden. Am die Mühl. Lager rufen zu räumen, hat man die Nationierung bis auf weiteres aufgehoben und die Händler ermächtigt, jede beliebige Menge Kartoffeln abzugeben. Der Preis für das Pfund beträgt allerdings 45 Pfennig, der aber schrittweise werden mußte, wenn die Getreidemenge der Stadt einigermassen gedeckt werden sollen. Die Milchzufuhr ist etwas gestiegen, leider kommt die Milch meistens sauer an. Der Gedanke, die rheinländische Milch zum Teil in landeseigenen Zustände zu beziehen, hat sich nicht verwirklichen lassen. Es wurde betont, es darauf hinzuwirken, daß die Milchversorgung in der Stadt die allerschwerste ist. Aus Offen, woher die meiste Milch früher bezogen wurde, ist nach Lage der Verhältnisse in den nächsten Jahren kaum Aussicht, wieder Milch zu bekommen. Vertreter des Rommalmalereibundes, die kürzlich in München bei der Landesfestspiele vortraten, ist die Aussicht eröffnet worden, Milch aus Badenhausen zu bekommen, wenn es gelingt, in Badenhausen eine Molkerei zu errichten, wozu die Stadt Ludwigshafen einen Zuschuß leisten müßte. Das tägliche Milchquantum aus Badenhausen könnte dadurch von 8000 Liter auf etwa 8000 Liter gesteigert werden. Als Übergang von der Brauereierwirtschaft zur freien Wirtschaft verlangen die Landwirte den Abschluß von Lieferungsverträgen. Zur Zeit werden solche auch abgeschlossen. Fett ist genügend vorhanden, 4000 Doppelzentner Rohfett und 500 Doppelzentner Erdöl hat die Stadt auf Lager, die nach den in jüngster Zeit gemachten Erfahrungen beim Publikum kaum untergebracht werden können. Die Rohfette sollen deshalb, falls notwendig, zur Brotbereitung verwendet werden. Die Brotversorgung liegt nicht günstig. Es muß demnach mit einer Herabsetzung der Ration gerechnet werden. Zu Einkaufspreisen werden Sonderverteilungen erfolgen können. In der Fleischversorgung ist man auch im kommenden Winter auf Holz angewiesen, da die bisherigen Kohlenlieferungen einen zu blühenden Vorrat für den Winter nicht gelassen. 20 000 Stk Holz hat bis jetzt von der Regierung der Stadt zugewiesen worden, das ist etwa 10 Zentner für jede Haushaltung. Weitere 50 000 Stk Holz sind zugewiesen worden.

absehen davon, daß bereits eine bewährte Kraft aus Freiburg vertraglich verpflichtet ist.

* Irene Eden, Soloviatfängerin des Mannheimer Nationaltheaters, ist aus der Schweiz zurückgekehrt, wo sie bei den Opernfestspielen in St. Gallen unter der bewährten Regie des Herrn Direktor Robes einen vollen künstlerischen Erfolg errang. Die Besetzung einstimmig ihre hohe geistliche Kultur, ihre durchgeistigte, teils Auffassung und ihr lebensprühendes, temperamentvolles Spiel.

* Hochschule für Musik. Heute Freitag, den 11. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet im Konzertsaal L. 2, 9a der 7. Vortragsabend im Unterrichtsjahr 1919/20 statt. Unter Mitwirkung von Arthur Schüller (Violine) und Ray Fleck (Kontrabaß) bringt die Kammermusikabteilung von Konzertmeister Karl Müller zum Vortrag: Quartett Op. 26 von Brahms, Sonate für Klavier Op. 6 von Richard Strauss und Quartett G-moll Op. 16 von Beethoven.

* Zum Abschiedsabend der scheidenden Künstler vom Nationaltheater am Sonntag im Abendsaal sind nur noch in ganz beträchtlicher Anzahl Karten vorhanden. Um der großen Nachfrage gerecht werden zu können und den verschiedenen Zuschritten entgegenzukommen, haben sich die Künstler entschlossen, am Freitag, den 11. Juni, diesen Abend zu wiederholen im gleichen Saal. Dieser wird die Vortragsfolge infolgedessen eine Einbuße erleiden, als Herr Fortmangler nach einem Telegramm aus Wien durch Umstellung der dortigen Konzerte jedenfalls nicht an diesem Abend mitwirken kann.

Kleine Mitteilungen.

Hk. Wissenschaftliche Beihilfen. Von der bayerischen Akademie der Wissenschaften wurden aus der Theodor-Opfer-Stiftung 3000 Mark dem Professor für mittel- und neugriechische Philologie an der Universität München Dr. August Heisenberg für die Herausgabe von Urkunden und zur Beobachtung des Jahres 1914 der Bayerischen Zeitschrift bewilligt; ferner wurden zwei Preise von je 800 Mark verliehen dem Professor der klassischen Philologie Dr. Otto Stählin in Erlangen für seine Darstellung der griechischen griechischen Literatur und Herrn Stamatios Baltos in Athen für eine Grammatik der byzantinischen Chroniken.

Vermischtes.

* Ein neues Schimpansen. Einer der tollenden Angehörigen einer Hamburger Zucht wird auf der Straße angehalten: „Blutfauler, Ausländer, Ausdeuter“ um. Schließlich kramt er mit einer unter der Nase rum und stößt das Wort aus: „Du Wiedergeborene, du!“

Handel und Industrie.

Unzuträglichkeiten im deutsch-niederländischen Handelsverkehr.

Man schreibt uns: „Die Auslegung der Kaufverträge zwischen deutschen und niederländischen Kaufleuten hat in letzter Zeit durch die Schwierigkeiten, die infolge des Schwankens der Valuta entstanden sind, in sehr vielen Fällen zu Differenzen geführt, die von den allerunangenehmsten Folgen für den deutsch-niederländischen Handel begleitet sind. Die Niederländische Handelskammer für Deutschland hat es daher für ihre Pflicht gehalten, diese Angelegenheit näher zu untersuchen. Nach genauer Bearbeitung dieser Frage ist sie zu dem Ergebnis gekommen, daß nur eine allgemeine Regelung dieser Angelegenheit zu einem erfreulichen Ergebnis führen kann und sie wird deswegen Anfang Juli eine Konferenz der beteiligten Kreise, wahrscheinlich in Düsseldorf einberufen, in der die Grundlinien zur Regelung dieser Frage festgelegt werden sollen. Deutsche Firmen, welche Differenzen mit niederländischen Firmen haben und welche Interesse an einer allgemeinen Regelung (Schiedsgericht oder dergl.) haben, seien daher aufgefordert, ihre Angelegenheit der Frankfurter Geschäftsstelle der Kammer, Elbstraße 60, mitzuteilen, damit die Kammer weiteres veranlassen kann.“

Wirtschaftliche Irrwege.

Vorschlag Rathenaus für Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Aus Berlin wird gemeldet, daß gestern die Mitglieder der Sozialisierungskommission zu einer Vollversammlung zusammentraten, in welcher der seinerzeit für die Kohlenwirtschaft bestellte Unterausschuß Bericht über seine Untersuchungen erstattete. Gutem Vernehmen nach, gipfelte dieser Bericht in dem wesentlich auf Betreiben des Herrn Rathenau zustande gekommenen Vorschlag, den gesamten Kohlenbergbau im Verlauf von Jahren ganz in das Eigentum eines Gemeinwirtschaftskörpers überzuleiten, der durch eine in Berlin ansässige Zentrale vertreten wird. Der aus wenigen Köpfen bestehenden Zentralstelle, also einer Art Direktorium, wird nach dem Vorschlag am letzten Ende die gesamte finanz- und betriebstechnische Leitung des ganzen deutschen Kohlenbergbaus zufallen, so daß dieser von Berlin aus geleitet werden soll. Wenn sich in anderer Form, würde man im Falle der Verwirklichung dieses Vorschlags wieder zu dem alten, vor hundert Jahren herrschenden, wegen seiner Unzulänglichkeit aber wieder verlassenen sogenannten Direktionsprinzip im Kohlenbergbau zurückkehren.

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 10. Juni. (Drahtb.) Bei stillem Geschäft zeigten einzelne Industriaktien Kurserhöhungen. Bad. Anilin notierten 400 = 7%, Daimler-Motoren und Scheideanstalt je 7 1/2%. Baderus 253 1/2, Maschinenfabrik Karlsruhe je 3 1/2% höher, A. E. G. an der Nachbörse bei lebhaften Umsätzen 5 1/2% gestiegen, 280. Unter den Lokalpapieren gingen Schiffsgebiere Stempel um 10% auf 400 zurück. Scheideanstalt stellten sich auf 501, Mitteldeutsche Kreditbank 157 1/2, Metallbank 209 1/2%, Auslandspapiere ruhig. Deutsche Petroleum 588-594, Schantungbahn 630, Schantungbahn-Genußschein 2900, Heldburg im freien Verkehr 232-235, behandelte Norddeutscher Lloyd notierten 176, Hapag 185. Kurse der Abendbörse: Kriegsanleihe 79 1/2, Deutsche Bank 283 1/2, Nationalbank 141 1/2, Baderus 253 1/2, Deutsch-Luxemburger 277 1/2, Kaliwerke Ascherlehen 360, Phoenix-Bergbau 390, Badische Anilin 440, Scheideanstalt 501, A. E. G. 280, Daimler-Motoren 210 1/2, Maschinenfabrik Eßlingen 206, Schantungbahn 630, Schantungbahn-Genußschein 2900, Hapag 185, Norddeutscher Lloyd 176.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 10. Juni. Bei ziemlich fester Tendenz notierten heute: Rheinische Creditbank-Aktien 137.50 G., Aktien des Verein chem. Fabriken 500 G., Westereisen 641 G. und Zellstofffabrik Waldhof-Aktien 280 G.

Wirtschaftliche Rundschau.

Aus dem Mannheimer Eisenhandel.

Die altangesehene Händlerfirma L. Weils u. Reinhardt in Mannheim ist in Liquidation getreten. Die Gründe hierfür sind lediglich rein persönlicher Natur. Dem alten Unternehmen sind zwei neue Firmen hervorgegangen: S. Weils u. Co. und Philipp Reinhardt u. Cie. Beide sehr gut fundierte Firmen haben sich die Pflege der bisher von der gemeinsamen Firma wahrgenommenen Geschäftszweige zur Aufgabe gemacht. Ein von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung mit der Tatsache der Liquidation in Verbindung gebrachtes Gerücht über angebliche Verluste entbehrt jeder Grundlage.

Erweiterung des deutschen Holzexportkontingents.

Wie wir hören, hat die Zentralstelle für die Ein- und Ausfuhrbewilligungen in der Holzindustrie auf Drängen aus Interessentenkreisen und mit Rücksicht auf die veränderte Geschäftslage beschlossen, das Exportkontingent von Schnitzholz wesentlich zu erhöhen. Man spricht von etwa 450 000 Kubikmeter, die im laufenden Vierteljahr freigegeben werden sollen. Hiervon dürften etwa 65 v. H. auf Süd-, West- und Mitteldeutschland und 35 v. H. auf Nord- und Ostdeutschland entfallen. Fraglich ist indessen, ob eine Ausfuhr bei dem augenblicklichen Stande der deutschen Mark möglich ist. Es wird allerdings berichtet, daß in Holland die Holzpreise etwas angezogen haben. In Fachkreisen beurteilt man trotzdem die augenblicklichen Holzexportmöglichkeiten als problematisch.

Grün u. Bilfinger A.-G. Mannheim.

Eurat Emil Böhmeler wurde die Befugnis erteilt, die Gesellschaft allein zu vertreten und die Firma zu zeichnen. Weiter wurden zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern die bisherigen Prokuristen Direktor Dr.-Ing. Phil. Völker, Berlin und Regierungsbaumeister Karl Hübler, Mannheim, bestellt. Dem bisherigen Handlungsbevollmächtigten Herr Regierungsbaumeister Josef Koder wurde Prokura erteilt und zu Handlungsbevollmächtigtem u. a. die in Mannheim tätigen Herren Regierungsbaumeister Willi Neuffer, Mannheim, Ingenieur Eduard Kröger, Mannheim, Kaufmann Wilhelm Reiß, Mannheim, Ingenieur Gustav Krauß, Mannheim, ernannt.

Steigender Güterverkehr im Hafen zu Ludwigshafen a. Rh. im Monat Mai. Zufuhr zu Berg: 168 156 t, zu Tal 5 263 1/2 t, zusammen: 173 418 1/2 t; Abfuhr zu Berg: 811 1/2 t, zu Tal: 15 934 1/2 t, zusammen: 16 746 t. Der Gesamtverkehr im Monat Mai beziffert sich auf 190 164 1/2 t gegenüber 167 115 1/2 t im Monat April.

Die neuen Eisenpreisfestsetzungen des Eisenwirtschaftsbundes einschließlich der Ausführungsbestimmungen, die den Lesern unseres Handelsteils bereits bekannt sind, werden in Nr. 122 des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht.

Deutsche Gulstahlkugel- und Maschinenfabrik A.-G. Schweinfurt. Der uns heute zugewandene Geschäftsbericht, daß trotz einer Reihe von Schwierigkeiten es gelang, die Betriebe vor empfindlichen Störungen zu bewahren, die Verkaufspreise allmählich den Gesteuerungskosten anzupassen, ohne jedoch das Gewinnergebnis des Vorjahres zu erreichen. Hohe Staatssteuernachforderungen beeinträchtigten das Ergebnis gleichfalls in besonderem Maße. Der Reingewinn betrug 528 200 M. G. V. 1, 588 Mill. M., woraus für 1919 eine Dividende von 6% (d. V. 5%) zur Verteilung vorgeschlagen

wird. — Neben der bereits erfolgten Aufnahme einer Obligationenleihe von 2 Mill. M. wird der Generalversammlung vom 12. Juni die Erhöhung des Aktienkapitals vorgeschlagen.

Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M. Der Reingewinn des Geschäftsjahres 1919 beträgt 1 816 832,19 M. (G. Vorj. 4 762 434,46 M.). In diesem Gewinn ist der Vortrag vom Vorjahre mit 303 763,57 M. eingeschlossen (im Vorj. 921 949,91 M.). Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 50 M. pro Aktie (100 M. im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen. Auf das Geschäftsjahr 1920 werden noch 22 131,10 M. als unverteilter Gewinn vorgetragen. — Die Frankfurter Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M. erzielte einen Reingewinn im Geschäftsjahr 1919 von 1 607 048,59 M. (d. V. 2 062 847,41 M.). Die Ueberweisung an die Versicherten aus dem Gewinn beträgt 1 326 119,44 M. (im Vorj. 1 678 729,05 M. d. V.). Die Dividende wird mit 20 M. (50 M. d. V.) in Vorschlag gebracht. — „Helios“ Allgemeine Rückversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Frankfurt a. M. Der Reingewinn des Geschäftsjahres 1919 beträgt 1 39 572,27 M. (d. V. 105 824,74 M.). Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 20 M. für die nicht voll eingezahlte Aktie und 80 M. für die voll eingezahlte Aktie (25 M. bzw. 100 M. pro Aktie im Vorj.) in Vorschlag zu bringen.

Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft (Alte Berlinische von 1836). Die Entwicklung der Gesellschaft war im Jahre 1919 — ihrem 83. Geschäftsjahre — befriedigend. Der Zugang betrug in der Lebensversicherung 132 088 922 M. Versicherungssumme gegen 54 182 318 M. im Jahre 1918. Der gesamte Versicherungsbestand ist auf 689 139 606 M. Ende 1919 gestiegen. Der Gewinn aus dem Verlauf der Sterblichkeit der Versicherten war im Jahre 1919 erheblich günstiger als im Vorjahre. Die Einnahme an Prämien und Zinsen erhöhte sich im Jahre 1919 auf 57 333 873,40 M. Prämien und Zinsen gingen gut ein. An Zwangsversicherungen war die Gesellschaft bei einem Hypothekenbestande von 204 360 302 M. bei 7 Grundstücken beteiligt ohne ein Grundstück ansteigern zu müssen. Der Besitz betrug Ende 1919 307 420 313,33 M. Der Gesamtüberschuß beträgt 3 017 710 M. Die Gewinnanteile für die Aktionäre und die Versicherten der Berlinischen sind die gleichen geblieben wie im Vorjahre. Generalversammlung 23. Juni 1920.

Wilhelma Magdeburg. Der Jahresabschluß der Wilhelma in Magdeburg, Allgemeine Lebensversicherungs-A.-G. in Magdeburg weist einen Neuzugang an Lebensversicherungen von 170,2 Mill. M. auf, d. i. das Vierfache des Vorjahres. Der Gesamtüberschuß beträgt 4 768 142 (1 757 528 M.). Hieraus werden nach Ueberweisung von 1 Mill. M. an eine außerordentliche Schadenrücklage und 140 444 M. (511 043 M.) an die außerordentliche Reserve 70 M. (105 M.) Dividende für die Aktie verteilt.

Verschärfung der Produktionskrisis. Ueber die Lage der bergischen Industrie wird dem „B. L.-A.“ versichert, daß die Arbeitseinstellungen zunehmen, die Aufträge ausbleiben und bereits abgeschlossene Aufträge wieder zurückgezogen wurden.

Interessengemeinschaft Gelsenkirchen-Deutsch-Luxemburg. Die Verhandlungen zwischen Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg sollen laut der „Voss. Ztg.“ so gut wie abgeschlossen sein. Die Veröffentlichung der Beschlüsse ist für die nächste Zeit zu erwarten. Die beiden Gesellschaften werden eine Interessengemeinschaft eingehen mit dem wirtschaftlichen Zweck, die Kohlenbasis für Deutsch-Luxemburg zu vergrößern.

Ulmer Häuteversteigerung. Bei der Süddeutschen Häuteversteigerung in Ulm am 8. Juni wurden Preise per Pfund erzielt, die für Ochsenhäute zwischen 9,30—10,85 M. für Rindhäute auf 9,85—11 M., Kuhhäute 9,25—10,55 M., Bullenhäute 6,85—11 M. und Kalbfelle 12—12,55 M. stellten.

Neueste Drahtberichte.

Wochendurchschnittskursen für die Ausfuhrberechnung. Berlin, 11. Juni. (Eig. Drahtb.) Zur Neuregelung der Außenhandelskontrolle bestimmen Reichswirtschaftsminister und Reichsfinanzminister mit Gültigkeit vom 15. Juni ab, daß bei der Berechnung der Ware in ausländischer Währung der Wert der Ware nach einem Kurs umgerechnet wird, der für je 1 Woche auf Grund der am Montag notierten Geldkurse nach Abzug von 15—20% berechnet wird. Die erforderlichen Ausführungsanweisungen werden vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen erlassen werden.

Zusammenschluß von neun Nordhäuser Tabakfabriken.

Berlin, 11. Juni. (Eig. Drahtb.) Neun Nordhäuser Tabakfabriken haben sich zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen mit einem Aktienkapital von 10,3 Mill. M., welche die auf 30 Jahre gepachteten Betriebe übernehmen hat. Durch entsprechende Verträge sind Sicherungen geschaffen, sodaß schädliche Zwischenfälle durch Austritt einer Firma ausgeschlossen sind.

Die neuen Sätze des Branntweinmonopolgesetzes.

Berlin, 10. Juni. Das Reichsmonopolamt für Branntwein gibt die Sätze des Branntweinmonopolgesetzes für aus dem Ausland eingeführten Branntwein bekannt. Dieses betragen bis auf weiteres: a) wenn er von der Weingeistmenge zu berechnen ist 3030 M. für den Hektoliter, b) wenn er vom Gewicht zu berechnen ist, bei Likören und weingeisthaltigen Erzeugnissen 808 M. bei Arrak, Rum und Kognak 1212 M. bei anderem Branntwein 2030 M. bei Aether 2224 M. bei ätherischen Erzeugnissen 1212 M. für den Doppelzentner. — Die ermäßigte Monopolsätze betragen fortan a) wenn von der Weingeistmenge zu berechnen 520 M. für den Hektoliter Weingeist, b) wenn er vom Gewicht zu berechnen ist, bei weingeisthaltigen Erzeugnissen 308 M. bei Aether 624 M. und bei ätherhaltigen Erzeugnissen 312 M. für den Doppelzentner.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Juni

Table with 2 columns: Pegelstation von Rhein and Datum. Rows include stations like Substanzsee, Kahl, Naxos, Mannheim, Mainz, Kahl, etc. with water level data for dates 6, 7, 8, 9, 10, 11.

Weiterausichten für mehrere Tage im voraus.

- 12. Juni: Heiß, teils trübe, Regen, angenehme Luft.
13. Juni: Heiß, teils Sonne, warm.
14. Juni: Sonne, warm.
15. Juni: Sonne, warm.
16. Juni: Heiß, tags warm, nachts kühl.

Witterungsbericht.

Table with 6 columns: Datum, Barometerstand morgen 7 Uhr von, Temperatur morgen 7 Uhr Grad C., Tiefste Temp. in der Nacht Grad C., Niederschlag Liter auf den qm, Höchste Temp. des Vortages Grad C., Bemerkungen. Rows include dates from 6. Juni to 11. Juni.

Colosseum ■ Walhalla

Ab Freitag, den 11. Juni:

Der gewaltige Detektiv-Film

In beiden Theatern
Neu für Mannheim

Drei Dolche im Stein

Erstes Abenteuer des berühmten, eleganten, scharfsinnigen, verwegenen Detektivs

5 Akte Fred Horst 5 Akte

Als zweiter Schläger:
Das Kabinett des Dr. Caligari

Als zweiter Schläger:
Der Diamant des Todes
Drama in 4 Akten.

Ab Dienstag, im Colosseum: **Der Diamant des Todes**

Ab Dienstag neues Programm

Behrend & Co m. b. H.

in den früheren Räumen von M. Hirschland & Co.

Abgabe der Mengen behalten wir uns vor!

Glaswaren	Porzellan
Wassergläser gepreßt 1.25	Tassen m. Unterböden m. Dekor . . . 3.75
Glasteller 1.25	Kinderbecher m. Schrift 1.25
Zitronenpressen 95	Teekanne weiß 3.50
Teegläser 1.25	Schokoladenkanne außen braun mit Dekor 5.75
Bierbecher 1.45	Saß = 6 Milchküpfle dekors. 25.00
Kaiserbecher ¼ und 0,5 Liter 2.75	Schüsseln viered. 6 cm. 9.50 b. 1.75
Wasserflasche mit Glas 4.75	Platten oval 36 cm. 2.90
Wasserkübel 4.90	Geleedose m. Dekor. 7.50
Butterdose modern gepreßt 3.75	Butterdose 4.50
Käseglocke modern gepreßt 6.75	Frühstückservice mit Teller, 6 Teile 20.25
Geleedose 3.25	Kaffeeservice mit apertur blauem Rand, 6 Teile . . . 95.00
Zuckerschale auf Glas 1.50	
Eiservice Schale und 6 Schälchen 9.20	
Rahmservice 5.75	
Blumen-Jardiniere moderne Form 5.75	
Glasschalen mod. Preced. Form 5.75	
Kleine Kompottschalen 1.75	
Asch-Schale große Form 4.75	
Römer ¼ Liter 4.75	
Vasen moderne Form, 30 cm 5.75	

Lichtspiele **U.T.** Lichtspiele

Die **Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen**

Medizinischer Belehrungsfilm der Kulturabteilung der Ufa mit erläuterndem ärztlichen Begleitvortrag veranstaltet von der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ u. dem „Landesausschuss für hygienische Volkserziehung“.

Am 11. Juni nachmittags 2 bis 4 Uhr Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen.

Samstag nachmittags 2 Uhr geschlossene Vorstellung für Herren und Damen, die das 16. Lebensjahr erreicht haben.

Sonntag vormittags, den 13. Juni, 11-1 Uhr geschlossene Vorstellung.

Vorverkauf täglich an der Tageskasse. 7076

Kasseneröffnung eine Stunde vor Beginn der Vorstellung.

1 Posten **Aluminium-Geschirre** als Fleischöpfe, Nudelpfannen, Siefelpfannen, 16 cm Durchmesser **15.00**

Otto M. Leidel

blüht seine Schüler und Schülerinnen der ehemaligen Kurse in Kopf- und Atzzeichen an der Heiserbelhale Mannheim, ihre Kopf- und Atzzeichnungen schenke zu einer Lebrausstellung in Wäandchen zur Verfügung stellen oder ihre Adresse mitteilen zu wollen.

Heidelberg, Siegelhäuserlandstraße 41.

Einzig in seiner Art. Ohne Noten Klavierspielen

Jerome Erwachsenen jeden Alters ohne Vorkenntnis in 2-3 Monaten nach Orig.-System von Musikdr. P. A. Fag. in wenigen Unterrichtsstunden spielt man mit vollem Akkorde geistige Lieder, Tänze (z. B. Fox-Trot, Boston, Two-Step), Operenstücke u. dergl. Erfolg garantiert. Mehrere Ass. kostenlos durch die Verabreichung Manuskripte, K 1, 12 (Friedrichstraße). Unterrichtsgegenstände werden gebot., nach Anweisung schriftl. Anfrag. Beste Referenzen.

National-Theater.

Freitag, den 11. Juni 1920.

80. Vorstell. in Wien, Wien, D. (für H. Hartel D. 42)

Das Frauenopfer

Nachmittags 6 Uhr. Kleine Besetzung 5½ Uhr.

Künstlertheater „APOLLO“

Heute abend 9½ Uhr zum ersten Mal 7102

„Eva“ das Fabriksmädel

Odenwaldklub

Sonntag, 13. Juni, 7.07 Uhr

Freibad Badenweiler: Platzminderung Neulicht-Herbstspiel - Kabinett - Neulicht. 7004

Wanderfahrten in den besten Stellen u. im Klubheim C 1, B.

Altschülers Eleganz

Damen-Schnür- und Spangenschuhe

in den verschiedensten hochelegantesten Ausführungen. Zu neuen, sehr billigen Preisen.

R. Altschüler gegr. 1878 R 1, 2 - 3, Marktplatz. 7026
Schwetzingerstrasse 48.
Neckarau: Kaiser-Wilhelmstr. 29.

Kaufgesuch!

Sofa, Badewanne, Kleider- u. andere Zierbäume, Gartenschlauch, Regale u. C. D. 17 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 4428

Geldverkehr.

Geldbarische o. 100 Mk. an Kautionsbriefe, Berger, C 4 A, Rur 2-7-19

M. 5000.-

nur von Selbstgeber für Licht gegen Bürgschaft habe Zinsen. Angebote unter L. V. an die Geschäftsstelle

Welcher monatlich gefordert hier gibt einen aus dem Land zurückgeführten Darlehen ein Darlehen von 8000.- Mk. zur Führung eines Geschäftes geg. gute Zinsen. Aufschreiben unter M. C. an die Geschäftsstelle. 7101

Palast-Theater

Das große Sensations-Programm!

Charly Bill

in Der geheimnisvolle Fremde

Abenteuer- und Detektiv-Film in 5 Akten

Harry Piel

Die Nacht des Schreckens

Detektiv- u. Sensations-Drama in 4 Akten.

Anfang 8 Uhr, Sonntags 2 Uhr Letzte Vorstellung 8 Uhr.

Die Wahl

ist vorüber; neue Ereignisse drängen sich in den Vordergrund.

Max Landa

der gefürchtete internationale Meisterdetektiv ist

Das Derby

Ein Detektivabenteuer auf dem grünen Rasen in vier spannenden, meisterhaft durchdachten Akten. Die Krone aller bisher erschienenen Landfilms. Hochspannung von Anfang bis Ende.

Hilde Wolter

die Doppelgängerin Lette Neumann's

Die Siegerin.

Ein Lied von der Liebe Leid in sechs hochinteressanten Akten.

Beginn der Vorstellungen: 5 und 7.30 Uhr. Ende 10 Uhr.

Schauburg.

KL Kammer-Lichtspiele

Pfaffen Tel. 987 D 2. 6

Ab heute neuer Spielplan!

Gewitter im Mai

Hochlandsdrama aus den Regionen der Gletscherwelt in 5 Akten nach dem Roman von **Ludwig Ganghofer** in der Hauptrolle: **Theo Steinbrecher u. Fritz Greiner**

DER SCHWARZE BILB

Original-Wild-West- und Cowboy-Drama in 4 Akten.

Tollkühne Reiterkämpfe etc. etc. Spannend von Anfang bis Ende

Anfang Wochentags 8 Uhr Sonntags 2 Uhr

Drucksachen liefert schnell Druckerel Dr. Hans, E G, 2.

WARENHAUS KANDER

Mannheim

In unserer Abteilung **Lebensmittel**

Kondens. geruck. Vollmilch . . . Dose 9.50
Sterilisierte Vollmilch große Dose 10.25
Malzma (Malzpudding) 1 Pfd.-Paket 7.00
1x Vollfettkäse Til. Art. Pfd. 19.80, ¼ Pfd. 5.00
Marmelade Pfd. 3.70, Apfelmark 2 Pfd.-D. 5.05
1x Junge Schnittbohnen 2 Pfd. Dose 3.05
Junge Erbsen, mittelfein 2 Pfd.-Dose 4.25
Feine Junge Brochbohnen 2 Pfd.-Dose 3.55
Junge Karotten 2 Pfd.-D. 4.95, 1 Pfd.-D. 2.95
Tomaten-Püree 1 Pfd.-D. 4.25, ¼ Pfd.-D. 2.95
Erbsen 1 Pfd.-D. 2.95, Spinat 2 Pfd.-D. 3.75
Spinat-Püree 1 Pfd.-Dose 2.05

¼ Pfd. gbr. Kaffee ¼ Pfd. Kakao **17.50**
¼ Pfd. in schwarzer Tee aus

Suche meine moderne **8-Zimmer-Wohnung** in der Rheinstraße gegen elegante **6- oder 7-Zimmer-Wohnung** in Ostviertel **zu tauschen.** Angebote unter C. O. 129 an die Geschäftsstelle. 7000

I. Hypotheken

in gebührender Höhe und gute Objekte zu niedrigen Zinsen zu vergeben. Anfragen unter A. A. 129 an die Geschäftsstelle. 5118

Beteiligung.

Suche mich mit 1000 Mk. 30.000.- an gutgehendem Geschäft gegen Gemeinheitsbeitrag und Sicherheit 100% zu beteiligen. Angeb. unter Br. 906 an Rann General-Anzeiger, Zweigstelle Walldorf. 7077

Heirat.

2 Brautbräuer, ev. u. die Bekanntschaft guter Freunde, nicht unter 24 Jahren, zwecks Heirat.

Heirat.

Erzgebirgische Subjekt mit Bild unter M. A. an die Geschäftsstelle. 7078

Beamt. Erlang 27. fuch, von Danke gebührt, wenn Danke gebührt, am liebsten vom Brautbräuer oder Witwe mit einem Kind können zu werden. 7079

Heirat

Bermögen oder Waisen ererbt. Zuführten unter L. X. an die Geschäftsstelle.